

## EURATOM-Verordnung zu Verseuchungslimits für Lebensmittel: Präparieren für die nächste Strahlenwolke!

### Wie Politiker uns auf den künftigen Super-GAU vorbereiten

Nach der Analyse der Kommissions-Vorlage in PN 1/2015: Abstimmungsverhalten der Fraktionen (öst. Delegationen) am 9.7.2015 im EU-Parlament in Straßburg und Haltung der österreichischen Regierung in der EU-Ratsarbeitsgruppe Atomfragen (RAG-ATO). Die österreichischen Volksvertreter/innen bzw Delegationen stimmen zu einem erheblichen Teil für die Atominteressen (fehlerhafte, in sich widersprüchliche Kommissionsvorlage und hohe Verseuchungstoleranzen) und gegen die Änderungsanträge für Verbesserungen.

#### Abstimmungsverhalten

	Änderungsanträge 54, 55S, 57S* betr. Nahrungsmittel „geringerer Bedeutung“	Änderungs- Antrag 56 betr. Hauptnahrungs- mittel und Wasser	Vorlage der EU- Kommission (skandalöse Verseuchungs- toleranzen, usw.)	Änderungsanträge heißt hier <b>Verbesserungsanträge</b> . Also Forderung nach <b>strengeren</b> , <b>niedrigeren Grenzwerten</b> .
<b>Europäische Volkspartei (Christdemokraten/EVP):</b> Heinz K. BECKER, Othmar KARAS, Elisabeth KÖSTINGER; Paul RÜBIG, Claudia SCHMIDT ( S. XXX)	<b>NEIN**</b>	NEIN	JA	ÖVP gegen jegliche Verbesserungen.
<b>Progressive Allianz der Sozialdemokraten im EP:</b> Eugen FREUND, Karin KADENBACH, Evelyn REGNER, Josef WEIDENHOLZER	JA	NEIN	JA	
<b>GRÜNE/Freie Europäische Allianz:</b> Ulrike LUNACEK, Michel REIMON, Monika VANA	JA	JA	NEIN	
<b>Europa der Nationen und der Freiheit (mit FPÖ):</b> Barbara KAPPEL, Georg MAYER, Franz OBERMAYR, Harald VILIMSKY	JA	JA	<b>JA**</b>	FPÖ völlig widersprüchlich: zugleich <b>für</b> und <b>gegen</b> Verbesserungen.
<b>Allianz der Liberalen &amp; Demokraten für Europa (mit NEOS):</b> Angelika MLINAR	JA	NEIN	JA	
<b>Gesamt</b>	<b>Angenommen</b>	<b>Abgelehnt</b>	<b>Angenommen</b>	Kommissionsvorlage auf kraß fehlerhaften „wissenschaftlichen“ Grundlagen setzt sich durch.

\* Trockenfrüchte, Nüsse, Pilze u.v.a. scheinen in drei Abschnitten der Kommissionsvorlage auf. Zu jedem ein Antrag.

\*\* Besonders auffälliges Stimmverhalten: Die ÖVP-Riege stimmt als einzige ö. Delegation sogar gegen die Senkung der exorbitant hohen Grenzwerte bei diesen Lebensmitteln. – Die FPÖ-Abgeordneten stimmen zunächst für die Verbesserungsanträge, die sich gegen die Kommissionsvorlage richten. Dann aber auch **für** eben diese. Da waren die Abgeordneten des Front National (FN), Marine LE PEN, Florian PHILIPPOT u.a., konsequenter: **gegen** die Vorlage!

Quellen: [http://www.criiad.org/aliments-nma-accidentnucleaire/resultat-vote\\_amendt-54\\_plt-eu\\_9-07-2015.pdf](http://www.criiad.org/aliments-nma-accidentnucleaire/resultat-vote_amendt-54_plt-eu_9-07-2015.pdf) – [http://www.criiad.org/aliments-nma-accidentnucleaire/resultat-vote\\_amendt-55s\\_plt-eu\\_9-07-2015.pdf](http://www.criiad.org/aliments-nma-accidentnucleaire/resultat-vote_amendt-55s_plt-eu_9-07-2015.pdf) – [http://www.criiad.org/aliments-nma-accidentnucleaire/resultat-vote\\_amendt-57s\\_plt-eu\\_9-07-2015.pdf](http://www.criiad.org/aliments-nma-accidentnucleaire/resultat-vote_amendt-57s_plt-eu_9-07-2015.pdf) – [http://www.criiad.org/aliments-nma-accidentnucleaire/resultat-vote\\_amendt-56\\_plt-eu\\_9-07-2015.pdf](http://www.criiad.org/aliments-nma-accidentnucleaire/resultat-vote_amendt-56_plt-eu_9-07-2015.pdf)

# Radioaktivität in Nahrungsmitteln: Transparenz und demokratische Kontrolle unerlässlich

Schon einmal, am Beginn des aktuellen EU-Gesetzgebungsprozesses zur Festlegung von Höchstwerten an Radioaktivität in Nahrungsmitteln im Falle eines Atomunfalls, hat das Europäische Parlament (EP) über die für 2015 geplante EURATOM-Verordnung abgestimmt. Und zwar 2011 über den „Belet-Bericht“, benannt nach dem Berichterstatter im EP-Ausschuß für Umwelt, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit, dem belgischen Christdemokraten Ivo Belet. Die Abgeordneten forderten da-



*Berichterstatter im EU-Parlament  
Ivo BELET  
(Europäische Volkspartei)*

mals die Änderung der Rechtsgrundlage: Lissabon- statt EURATOM-Vertrag! Denn unter EURATOM-Titel darf das Parlament nur mitreden, nicht mitentscheiden. Laut einer Aussendung ihrer Fraktionsvorsitzenden Rebecca Harms vom 15.2.2011 begrüßten die EP-Grünen diese Forderung nach „voller Einbeziehung des Parlaments in das Gesetzgebungsverfahren“, bedauerten jedoch, „dass die Grenzwerte für Radioaktivität in Lebensmitteln nicht herabgesetzt wurden.“ Und genau hiebei ist es bis zum Letztentwurf 2015 geblieben: die Kommission in Brüssel ist auf die Forderung nach niedrigeren Grenzwerten bis heute nicht eingegangen ( vgl. Tabelle und CRIIRAD-Analyse in PN 1/2015).

## EP-Fraktionen fordern einhellig: Mitentscheidung des Parlaments!

Und genauso wenig auf die Reform der rechtlichen Grundlage: der gesundheits- und bevölkerungsfeindliche

Schutzschirm des EURATOM-Vertrags soll unbedingt über den Atominteressen ausgespannt bleiben! Dabei sind sich die EU-Volksvertreter über die Parteigrenzen hinweg mehrheitlich seit 2011 einig, daß das Parlament an diesem Gesetzgebungsverfahren mitentscheidend beteiligt werden muß. In diesem Punkt trafen sich auch diesmal, bei der EP-Abstimmung am 9. Juli 2015, die Fraktionen. (Während sie hinsichtlich der Höchstgrenzen ja weit auseinanderlagen PN 1/2015). Die von uns im „Krone“-Interview wegen der Grenzwerte kritisierte Salzburger Abgeordnete Claudia Schmidt (ÖVP) betonte die Übereinstimmung hinsichtlich Parlamentsmitbestimmung und Transparenz denn auch in ihrer Reaktion auf den Zeitungsartikel.

(Siehe Auszüge aus der Schmidt-PLAGE-Korrespondenz S. 6.)

Weil heute, bald 30 Jahre nach Tschernobyl, die Forderung des EU-Parlaments nach Mitentscheidungsrecht so unerfüllt ist wie 2011, gelten unverändert Rebecca Harms' Worte von damals: „Vor 25 Jahren folgte auf die atomare Katastrophe von Tschernobyl eine Informationskatastrophe - auch in der EU. Es ist deshalb nicht akzeptabel, dass die Festlegung zulässiger radioaktiver Belastung von Lebensmitteln unter EURATOM und unter Ausschluss des Parlaments verhandelt wird. Die Tschernobylkatastrophe hat uns gelehrt, dass Transparenz und demokratische Kontrolle zum Schutz der europäischen Bevölkerung im Falle eines atomaren Unfalls unerlässlich sind. Die Fehlinformationen und Fehlentscheidungen in Reaktion auf die nukleare Katastrophe dürfen sich nicht wiederholen.“

„Dass sich ausgerechnet Kommissar Barnier gestern in der Plenardebatte gegen eine Beteiligung des Parlaments aussprach“, war schon 2011 für MEP Harms „eine echte Provokation.“ Denn gerade „in seinem Heimatland Frankreich wurden nach dem Super-GAU lange gar keine oder unzureichende Maßnahmen ergriffen und damit die Gesundheit der Menschen aufs Spiel gesetzt.“ Eben das war aber natürlich Michel Barniers

## PLATTFORM NEWS

### IMPRESSUM

Alleineigentümer, Herausgeber, Verleger: Verein Überparteiliche Salzburger Plattform gegen Atomgefahren (PLAGE). Verlagsort: 5020 Salzburg. **Redaktion:** Heinz Stockinger, Julia Bohnert, Gerhild Kremsmair, Peter Machart, Thomas Neff. **Vereinsadresse, Redaktion:** 5020 Salzburg, Nonntaler Hauptstraße 86, Tel. und Fax 0662/643567.

**Bürozeiten:** Mo-Do 9 – 13 Uhr, Fr 9 – 12 Uhr, e-mail: [info@plage.cc](mailto:info@plage.cc). **Blattlinie:** Zeitschrift zur Förderung des Ausstiegs aus der Atomenergie und des Einstiegs in humane, umweltfreundliche Energiealternativen.

**Herstellung:** Bubnik-Druck, Ebenau

Grund, auch dem bißchen an Demokratisierung des EU-Strahlenschutzes eine Absage zu erteilen! Und so bleibt es offensichtlich auch unter der heutigen EU-Kommission.

„Die Grenzwerte für Radioaktivität in Lebensmitteln im aktuellen Verordnungsvorschlag erlauben eine unzumutbar hohe radioaktive Belastung der EU-Bürger – zum Teil übersteigen sie die Werte nach der Tschernobylkatastrophe. Der aktuelle Vorschlag wird dem Schutz der europäischen Bürger vor Radioaktivität in Nahrungsmitteln nicht gerecht“, kritisierte MEP Harms im Februar 2011 die Erstvorlage. „Aus diesem Grund fordern wir die Kommission dazu auf, 2012 eine überarbeitete Version vorzulegen, die sich am Schutz der anfälligsten Bevölkerungsgruppen, vor allem der Kinder, orientiert.“ Von solcher Überarbeitung bis zur Schlußvorlage im Frühjahr 2015 keine Spur!

1) Belet-Bericht über den Vorschlag für eine **Verordnung (Euratom) des Rates zur Festlegung von Höchstwerten an Radioaktivität in Nahrungsmitteln und Futtermitteln im Falle eines nuklearen Unfallsoder einer anderen radiologischen Notstandssituation.**

2) Artikel 168 (unter Abschnitt XIV des Lissabon-Vertrages / „Unionsvertrages“) bietet sich ideal als Rechtsgrundlage für diese Mitentscheidungsbefugnis des Europaparlaments an, heißt es doch dort schon im Absatz 1: „Die Tätigkeit der Union (...) umfasst die **Beobachtung, frühzeitige Meldung und Bekämpfung schwerwiegender grenzüberschreitender Gesundheitsgefahren.**“!



**Der Franzose Michel BARNIER war bis 2014 EU-Kommissar für Binnenmarkt und Dienstleistungen. Die Liste seiner sonstigen politischen Funktionen davor und danach – bis zum Vizepräsidenten der EU-Kommission – zeigt seinen vielfachen, weitverzweigten Einfluß. Sich die lange Liste dieser Funktionen auf Wikipedia zu Gemüte zu führen, lohnt sich! U.a. betätigte sich der mehrfache Minister auch als Lobbyist französischer Wasseranbieter, indem er – als EU-Kommissar – die Verabschiedung einer EU-Richtlinie zur Liberalisierung der Wasserversorgung verfolgte. Erst internationale Widerstände, zumal die Europäische Bürgerinitiative „Wasser ist ein Menschenrecht!“ zwangen ihn, die Richtlinie im März 2013 wieder zurückzuziehen. Daß ein mit solchen Wassern gewaschener Spitzenlobbyist französischer Umweltminister war und ein Buch „Le défi écologique. Chacun pour tous“ („Die ökologische Herausforderung – Jeder für alle“) geschrieben hat, erhöht die Pikanterie und ist ja kein Einzelfall. Um nur ein Beispiel zu nennen: auch der gegenwärtige EU-Energiekommissar, Miguel Arias Cañete, war als Anteilseigner von Erdölfirmen und als AKW-Förderer in seiner spanischen Heimat Umweltminister...**

## Lebensmittelgrenzwerte nach Atomunfällen

### Vergleich ÖSTERREICH 1986 – EU 2015\*: Wo haben die Atominteressen Vorrang?

Lebensmittelgrenzwerte nach Unfällen	ÖSTERREICH 1986	EU/EURATOM 2015 (fast deckungsgleich mit Verordnung 1987)
<b>Säuglingsnahrung</b>		
<b>Jod-131</b>	11 Bq/Liter/kg	150 Bq/Liter/kg
<b>Cäsium-137 &amp; -134</b>	11 Bq/Liter/kg	400 Bq/Liter/kg
<b>Nahrung für Kinder und Erwachsene</b>		
<b>Cäsium-137 &amp; -134</b>		
Milch(produkte)	185	1.000
Schweinefleisch	185	1.250
Rindfleisch	600	1.250
Obst, Gemüse & -produkte	110	1.250
Trinkwasser	1,85	1.000
<b>Strontium-90</b>		
Trinkwasser / flüssige Nahrungsmittel	1	125

\* Die öst. Limits waren gültig bis zum EU / EURATOM-Beitritt am 1.1.1995. Die aktuellen EU-Limits (vgl. PN 1/2015) sind großteils die gleichen wie in der EURATOM-Verordnung 1987. Für Österreich wie für die EU war Tschernobyl 1986 der Auslöser zur Festlegung der Grenzwerte – hier um ein Vielfaches niedrigere als dort. – Angaben u.a. nach: CRIRAD-Dokumentation z.Hd. der EU-Abgeordneten, Mai/Juli 2015; G. MRAZ, Öst. Ökologie-Institut, „Viel zu hohe EU-Höchstwerte für Radioaktivität in Lebensmitteln“, Frühjahr 2011.



# Politische Chronologie zur EU-Grenzwerteverordnung für „radiologische Notfallsituationen“

Diese Verordnung (VO) gehört zu einem laufenden „General-Aufwasch“ aller EU-Regelungen mit Bezug zu Radioaktivität und Strahlenschutz.

Zeitpunkt	Maßnahme / Akt	Kommentar
22. Dezember 1987	<b>EURATOM-Verordnung 3954/87: legt großzügige EU-weite Verseuchungslimits für Lebensmittel</b> fest (ohne LM „geringerer Bedeutung“). – Schon damals ausgearbeitet vom ominösen, <b>anonymen Expertengremium nach Artikel 31 EURATOM-Vertrag</b> . V.a. unter Frankreichs Einfluß viel höhere Limits als in atomkritischeren Staaten wie Deutschland oder Österreich.	Eineinhalb Jahre nach Tschernobyl. Stoßrichtung glasklar: nicht konsequenterer Schutz der Bevölkerung. Nicht die Menschen sollen durch strenge Strahlenlimits geschützt werden, sondern die Atomwirtschaft vor solchen Limits! – N.B. EU-Verordnungen sind EU-Gesetze. Nach den Vorlaufetappen werden sie letztlich vom Rat, d.h. von der Runde der thematisch zuständigen Minister/innen der Mitgliedstaaten beschlossen und gelten dann in jedem EU-Staat, ohne daß die nationalen Parlamente sie noch abändern könnten.
12. April 1989	<b>EURATOM-Verordnung 944/89: Liste der „Lebensmittel geringerer Bedeutung“.</b>	Die EU-Kommission schreibt nun auch diesen Lebensmitteln Kontaminations-Obergrenzen zu. Diese betragen in der Regel <b>das Zehnfache</b> der Limits für Grundnahrungsmittel.
18. Juli 1989	<b>EURATOM-Verordnung 2218/89:</b> komplettiert die VO von Dez. 1987 mit den Verseuchungs-/Kontaminations-Obergrenzen für <b>Säuglingsnahrung</b> und für <b>Getränke</b> („zum Verzehr bestimmte Flüssigkeiten“).	
29. März 1990	<b>EURATOM-Verordnung 770/90:</b> Verseuchungs-Obergrenzen für <b>Tierfutter</b> .	Die Werte werden <b>lediglich für Cäsium</b> festgelegt (beide Isotopen, Cs-134 und Cs-137, zusammengerechnet).
1998	<b>Expertenbericht Radiation Protection 105 (RP 105)</b> der Expertengruppe nach Art. 31 EURATOM-Vertrag (vgl. oben): <b>„EU Food Restriction Criteria for Application after an Accident“</b> , European Commission, DG Environment, Nuclear Safety and Civil Protection.	Bloße Fortschreibung des Berichts vom gleichen Gremium, der die Grundlage für die EURATOM-Grenzwerteverordnung von Dezember 1987 gewesen war. Und RP 105 ist immer noch die Basis, auch 2015, für die Vorlage der EU-Kommission an EU-Parlament und EU-Ministerrat, welcher den Text als EU-weit gültiges Gesetz absegnet.
8.-9. Juni 2011 und 19.-21. November 2012	<b>Treffen und Stellungnahme der „Artikel-31-Experten“:</b> Sie arbeiten die Grundlage für die Kommissions-Vorlage aus.	Die Vorlage der EU-Kommission (EK) ergeht in der Folge zwecks Konsultation an das Europäische Parlament (EP), bevor sie zwecks Entscheidung/Beschluß dem Europäischen (Minister-)Rat vorgelegt wird. (Also Meinung, nicht Mitentscheidung der Abgeordneten).
2014	<b>RAG-ATO (Arbeitsgruppe des Europäischen Rats für Atomfragen)</b> befaßt sich mit den Fortschreibungen von RP 105 und den darauf fußenden Kommissionspapieren.	
Frühjahr 2015	<b>EU-Kommissionsvorlage an das EU-Parlament</b>	Befassung des EP-Ausschusses für Umwelt, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (Vorsitzender: Gianni LA VIA, Eur. Volkspartei / EVP).



Zeitpunkt	Maßnahme / Akt	Kommentar
9. Juli 2015	<p><b>Europa-Parlament (EP) stimmt über die Vorlage der EU-Kommission und über die Verbesserungsanträge</b> ab (konsultativ, denn ein Mitentscheidungsrecht hat die eur. Volksvertretung in EURATOM-Angelegenheiten nicht).</p>	<p>Das bürgernahe französische Strahlenmeßinstitut CRIIRAD (Commission de Recherche et d'Information Indépendantes sur la Radioactivité) arbeitet seit längerem an einer kritischen Analyse der kaum bekannten Kommissionsvorlage: der <b>CRIIRAD-Befund</b> über deren wissenschaftliche Grundlagen fällt <b>vernichtend</b> aus.</p>
		<p>Der Befund wird allen 751 EU-Abgeordneten übermittelt. <b>PLAGE übersetzt die Analyse ins Deutsche.</b></p>
Ende Juli 2015	<p><b>Kronenzeitung</b> (Regionalausgabe Salzburg) und <b>Salzburger Fenster</b> (größte Gratiszeitung) berichten über die geplante EURATOM-Verordnung und über das <b>Stimmverhalten der österreichischen EU-Parlamentarier, zumal von Claudia SCHMIDT (ÖVP)</b> als einziger Salzburger Abgeordneten. (Siehe Folgeseiten 6 – 8.)</p>	<p>Wer sich – über die Wiedergabe hier (s. S. 6 – 8) hinaus – selbst ein Bild von dem darauffolgenden Angriff der Salzburger Abgeordneten Schmidt, der Erwiderung der PLAGE (und einem darauf folgenden gemeinsamen Nenner bei der Forderung nach Transparenz, zB des EURATOM-Expertengremiums) machen möchte, kann den <b>Schriftverkehr dazu bei uns anfordern.</b></p>
Anfang Sept. – Mitte Okt. 2015	<p>Eineinhalb Monate bemüht sich die PLAGE um Zusage der ö. EP-Parteien für eine <b>Podiumsdiskussion</b> im Herbst, in der sie Rechenschaft über ihr Stimmverhalten vom 9. Juli geben sollen. Die zuständigen Abgeordneten Karin KADENBACH (SPÖ), Elisabeth KÖSTLINGER (ÖVP), Franz OBERMAYR (FPÖ) geben lange keine Rückmeldung bzw <b>sagen reihum ab</b>. Einzige Zusage: Michel REIMON (GRÜ). Die öffentliche Diskussion kann nicht stattfinden.</p>	<p>Ergebnis von Dutzenden Mails und Telefonaten: Die EP-Delegationen von SPÖ, ÖVP, FPÖ halten uns zunächst hin, schicken uns im Kreis. Nach den letztendlichen Absagen teilen wir den Fraktionen/ Abgeordneten mit (damit sie nicht wieder Zeitmangel ins Treffen führen können): <b>Vor der nächsten Europawahl (2019)</b> wollen wir sie im Rahmen einer <b>„atompolitischen Bilanz der österreichischen EU-Parlamentarier/innen“</b> neuerlich zu dem Thema herausfordern.</p>
Okt.-Nov. 2015	<p>Die letzte Sitzung der Ratsarbeitsgruppe ATOM (RAG ATO) zu dem Akt wird wegen des EU-Flüchtlinggipfels um zwei Wochen auf den 5. Oktober vertagt. Mitte November teilt der luxemburgische Vorsitzende Patrick MAJERUS der CRIIRAD eine neuerliche Verschiebung mit. Corinne Castanier von der CRIIRAD hält es für wahrscheinlich, daß der EU-Rat der zuständigen nationalen Minister in der Angelegenheit daher <b>nicht mehr vor 2016</b> zu einer Entscheidung gelangen wird.</p>	<p>Kurz davor hatte die Wiener Plattform Atomkraftfreie Zukunft von der SPÖ-Europaabgeordneten Evelyn Regner erfahren, die <b>Entscheidung falle erst 2017</b>. Sollte das zutreffen, könnte das heißen: was die CRIIRAD von den EU-Instanzen gefordert hat – und im Gefolge die PLAGE von der Bundesregierung –, wird wahr: eine Überarbeitung des ganzen Elaborats von Kommission und EURATOM-Experten!. Wohl nicht ein völliges Zurück-an-den-Start unter Einbeziehung kritischer Experten. Aber <b>vielleicht eine Korrektur der skandalösesten Mängel</b>.</p> <p>Stellen wir diese Vermutungen vorsichtshalber aber doch lieber unter die Devise „Man wird ja noch träumen dürfen“... - Bis Mitte Jänner hat die CRIIRAD jedenfalls noch immer keine Mitteilung auf ihre Nachfragen erhalten – das scheint die Aussage von MEP E. Regner zu bestätigen: <b>Entscheidung erst 2017?</b></p>



# Zivilgesellschaft, VolksvertreterInnen und EURATOM-„Freibrief zur Verseuchung“ – ein Lehrbeispiel



Claudia SCHMIDT,  
Mitglied des  
Europäischen Parlaments  
(ÖVP / EVP)



Heinz STOCKINGER  
Obmann PLAGE

## (Mail 1)

**Von:** SCHMIDT Claudia [mailto:claudia.schmidt@europarl.europa.eu]

**Gesendet:** Montag, 27. Juli 2015 14:47

**An:** heinz.stockinger@plage.cc

**Betreff: Offener Brief zum Krone Artikel vom 27.07.2015 - Grenzwerte für radioaktive Nahrungsmittel**

Sehr geehrter Herr Stockinger!  
Zu ihrem Vorwurf in der heutigen Kronenzeitung darf ich Folgendes antworten und Sie gleichzeitig bitten, künftig etwas **seriöser** mit diesem Thema umzugehen. Genau durch solche **Falschaussagen** wie der Ihren wird die Europäische Union zu Unrecht vorverurteilt, die EU probiert Kompromisse zwischen 28 Ländern herzustellen, da gibt es sicherlich genug zu kritisieren, auch ohne etwas zu erfinden. Da Sie zumindest die Zeit und die Mittel gehabt hätten, um **sich zu informieren** bevor Sie sich mit **bestenfalls Halbwissen** an die Öffentlichkeit wenden, nehme ich an, dass Ihnen der Inhalt folglich nicht so wichtig ist. Deswegen die Form des offenen Briefes. Damit Sie mich nicht falsch verstehen: Ich kann damit leben, wenn Sie mich für meine politische Linie angreifen, es wäre aber begrüßenswert, wenn Sie das nächste Mal, bevor Sie irgendwelche Äußerungen tätigen, **das Gespräch mit mir suchen** (dazu → siehe unten Schmidts Wahlplakat!) anstatt Selbiges bloß zu behaupten. **Gerade beim Thema Atomkraft und Lebensmittelsicherheit hat jeder Protagonist die verdammte Verantwortung, mit richtigen (!) Aussagen an die Öffentlichkeit zu gehen.**

Zum Vorwurf selbst: (1. Absatz: ...)

(2) Es wurde von meiner Fraktion im Rahmen des Berichtes vorgeschlagen, die Rechtsgrundlage von Art. 31/32 des EURATOM-Vertrags auf Art. 168 bzw. 114 AEUV zu ändern, um in Zukunft **das Parlament** im

## (Antwort 1)

*(Hervorhebungen und zwecks Lesbarkeit leichte Redigierungen von der PN-Red.)*

Sehr geehrte Frau Abgeordnete,  
liebe Frau Schmidt!

Auf die Aussage zur **Seriosität** (einschl. „etwas erfinden“ u.ä.) komme ich zwischen den Zeilen in der Folge laufend zurück. [...] Die prinzipielle Notwendigkeit von Kompromissen in EU-Gremien würde ich nie bestreiten, das ist hier nicht der Punkt. Der Punkt ist vielmehr, daß die Kommissionsvorlage sich auf einen Expertenbericht stützt, der laut CRIIRAD äußerst bedenkliche bis unverantwortliche Fehler und Widersprüchlichkeiten enthält.

Meine Aussagen haben sich auf die ausführliche Diskussionsunterlage der CRIIRAD gestützt, eine 5-seit. Zusammenfassung der noch viel **detaillierteren Analyse und Hintergrundrecherche zur Komm.vorlage** und den dahinterstehenden Berichten/Gutachten der Kommissions-Experten lt. §31 EAG-V. Diese Unterlage ist ausdrücklich und in erster Linie zu Händen der MEPs mit Blick auf die Debatte und Abstimmung im EP erstellt worden. [...] Die **wissenschaftliche Gründlichkeit in der Recherche, die Stringenz in der Argumentation usw. hat die CRIIRAD vielfach unter Beweis gestellt**, sonst wäre sie im „Atomland“ Frankreich längst von der Bühne der Öffentlichkeit gefegt. (Darstellung der CRIIRAD-Expertenschaft im Mailanhang an Schmidt; ähnlich bereits in PN 1/2015, S. 2.)

(1. Absatz: ...)

(2) Auch dies (echte Mitbestimmung des Parlaments) war **nicht Gegenstand/Inhalt der Kommissionsvorlage** als solcher und damit hier auch nicht der CRIIRAD-Kritik. Ein echtes Mitsprache- bzw noch besser ein Mitentscheidungs-

Rahmen des ordentlichen Gesetzgebungsverfahrens bei der Festlegung von Höchstwerten an Radioaktivität **aktiv zu beteiligen**. Hätte das Parlament ein Mitspracherecht, dann könnten wir auch die Experten einladen. Im Gegensatz zum Rat sind alle Ausschüsse, Hearings und Dokument des Parlaments für die Allgemeinheit - auch live - zugänglich. Dann wären dann auch die Experten der Allgemeinheit bekannt und die Vorgang wären transparenter. Dafür habe ich meine Hand gehoben!

(3)

(4) Ich bin der Auffassung, dass Änderungen bei Grenzwerten und Anhängen **ausschließlich von Experten** vorgenommen werden sollten und habe mich daher gegen die betreffenden [Änderungs-] Anträge ausgesprochen. Nur weil man ins Parlament gewählt wurde, **ist man nicht automatisch ein Experte** hinsichtlich schädlicher Grenzwerte im Bereich radioaktiver Strahlung. Diese Diskussion muss auf der Ebene der einschlägigen Universitäten und Forschungsstätten geführt werden, **nicht ohne Fachwissen rein ideologisch** im Plenum. Egal ob man pro oder contra Atomkraft ist, **niemand wird zu hohen Grenzwerten zustimmen. Alleine der implizite Vorwurf ist ungeheuerlich.**



*Claudia Schmidt (MEP/Mitglied des Europaparlaments) in ihrem Offenen Brief: „Außer netten und unverbindlichen Worten kann kein MEP etwas machen, was der Sache tatsächlich hilft.“ Weiters: „..., in Wahrheit interessieren Abstimmungen in Politikbereichen, in denen das Parlament keine Rechtssetzungskompetenz hat, den Rat nicht einmal entfernt, sofern er überhaupt davon Notiz nimmt.“ (Gemeint ist der Europäische Rat der Minister bzw Regierungschefs.)*

recht des EU-Parlaments bei der Festlegung von Radioaktivitäts-Höchstwerten (noch besser: überhaupt in Nuklear- bzw EURATOM-Angelegenheiten) wäre nicht nur in unserem und CRIIRAD-Sinne, sondern wird gerade von letzterer seit langem gefordert. **Hier stimmen wir dann also mit dem EVP-Vorschlag voll überein** (höchstens gehen wir noch etwas – zugunsten der parlamentarischen Mitbestimmungsrechte – darüber hinaus). Und Sie haben völlig recht: gerade für die Öffentlichkeit und Transparenz der Vorgänge in egal welchen EU-Gremien wäre dies ein echter Gewinn und würde der EU-Skepsis in konkreten Taten entgegenwirken. Ich persönlich oder die PLAGE haben in einem solchen Fall auch nicht die geringste Neigung, derart Positives nicht anzuerkennen (...). Nur wiederum: das war nicht Gegenstand der Verordnungsvorlage der EU-Kommission und damit der Abänderungsanträge zur tolerierten Belastung in Lebensmitteln.

(3)

(4) Natürlich **völlig richtig**, daß „nur weil man ins Parlament gewählt wurde, ist man nicht automatisch ein Experte hinsichtlich...“. Das gilt ja ebenso für unsereinen bzw für die Allgemeinheit bis hin zu einschlägig engagierten Bürgergruppen. Ich brauche aber Ihnen als geeichter Entscheidungsträgerin nicht zu sagen, **wie der Einsatz von Experten einigermaßen ordentlich zu handhaben ist. Eine der Oberregeln ist: Transparenz. Zumindest wer als Experte fungiert**, muß die Öffentlichkeit [...] wohl erfahren dürfen! D.h. Name; Funktion; bisherige wissenschaftliche oder sonstige berufliche bzw öffentliche Tätigkeiten; Interessen, evtl. Interessenskollisionen; u.ä.m. Die kritischen bzw Zusatzanträge waren u.W. auf die akribische Analyse des Berichts der **[anonymen] OFFIZIELLEN** Experten (31er-Gremium) durch NICHT-STAATLICHE Experten (CRIIRAD) gestützt. Nach all den Erfahrungen mit offiziellen oder industrienahen Experten in allen möglichen Bereichen, gerade aber auch in dem der Atomenergie, kann es nun aber **doch wohl nicht sein, daß man sich automatisch und ausschließlich auf die offiziellen Fachgremien verläßt! Der Nutzen der Einbeziehung kritischer Fachleute** hat sich in den Expertenauseinandersetzungen um Zwentendorf, Wackersdorf und den atomaren Großunfällen massiv erwiesen! Ihre Behauptung, die Abänderungsanträge wären „ohne Fachwissen rein ideologisch“ im EP-Plenum betrieben worden, entbehrt also völlig der Grundlage. **Vielleicht müssen Sie diesen Vorwurf eher umgekehrt auf sich selber beziehen.** (Nur nebenbei zu: „Niemand wird zu hohen Grenzwerten zustimmen.“ **Woher kommen dann in der Geschichte der Grenzwerte in allen möglichen Bereichen vom DDT zukunfts die – meist gegen heftiges Beharrungsvermögen erzielten – immer wieder einmal festgelegten niedrigeren Grenzwerte? [...]**) Also ist „der implizite Vorwurf“ nicht „ungeheuerlich“. Denn das würde seinerseits implizieren, **daß man – auch wir und offenbar jedermann – das Wort eines einmal bestellten Expertengremiums ein für alle Mal und ohne Hin-**



(Letzter Absatz) Beschlossen wurde die Kodifizierung alleine von den Ministern der 28 Mitgliedsstaaten.

**Mit falschen Behauptungen einfach einmal in die Runde zu schreien: Die EU ist schuld,** Brüssel will uns verstrahlen - unter uns gesprochen: Entbehrlich.

Liebe Grüße  
Claudia Schmidt



## (Mail 2)

**Von:** SCHMIDT Claudia

**Gesendet:** Dienstag, 28. Juli 2015

Sehr geehrter Herr Stockinger!

(...) Ich gebe Ihnen völlig recht, **Intransparenz** in dieser Sache ist mehr als grenzwertig und lädt zu Spekulationen geradezu ein. Die **Wissenschaft** soll und muss über ihre Ergebnisse streiten dürfen, **Geheimhaltung** steht dem diametral gegenüber. **In dieser Sache finden Sie in mir selbstverständlich eine vehemente Mitstreiterin.** - Ich glaube (...), **dass wir in der Sache der Transparenz gemeinsam mehr erreichen könnten.** Falls das Thema also wieder einmal auf der Agenda steht und in meinen Ausschüssen behandelt wird, dann wende ich mich vorab an Sie. Ich würde mich auch freuen, wenn Sie sich in Zukunft bei Gelegenheit **an mich wenden würden, wenn Sie meinen, hier muss das Parlament tätig werden,** am besten noch bevor es an die Presse geht.

Liebe Grüße - Claudia Schmidt

(Nachsatz:) Zu der Mail **vom 14. Mai 2014.** Es tut mir furchtbar leid, aber ich bekomme mehr als 200 Mails jeden Tag, ich habe nicht im Kopf was vor über einem Jahr in der Mailbox gelandet ist, noch dazu wenn ich das Thema nicht aktiv in meinen Ausschüssen betreue.

**terfragen akzeptieren müßte** (und das ohne das Mindeste über deren Identität, Funktionen und Qualifikation zu wissen!). Ist das „**31er-Gremium**“ **sakrosankt?!** (Zu diesem EURATOM-Strahlenexperten-Gremium Näheres in einer Folge-PN.)

(Letzter Abs.) Keinerlei „einfach mal in die Runde schreien: Die EU ist schuld,...“! Mit Verlaub, da ging es eher noch um Ihr Stimmverhalten als um „Brüssel“. Die Intransparenz usw des Expertengremiums ist allerdings wahrlich „nicht ohne“. Daß solche in so manchem EU-Bereich herrscht, das aber haben im Lauf der Zeit nun wohl Politiker, Kommentatoren usw aller Couleurs beklagt. (...Die Auseinandersetzung um die Atomkraft hat wie kaum eine andere bewiesen, was Intransparenz und Nicht- bis Desinformation **im Großen** anrichten können.)

Sehr geehrte Frau Abgeordnete Schmidt, gerne sind wir zu weiterer Auseinandersetzung bzw möglicher wechselseitiger Klärung in dieser Sache bereit, ob öffentlich oder im kleinen Kreis. Der gegenwärtige Widerstreit mag auch Anlaß sein, in Zukunft bei ähnlichen – aber durchaus auch nicht ganz so fundamentalen oder umfassenden – Vorhaben/Vorgängen auf EU-Ebene im Vorfeld das Gespräch aufzunehmen – ganz im Sinne meines Mails vom 14. Mai des Vorjahres im Kontext der Wahlen zum Europaparlament.

MfG - Heinz Stockinger, PLAGE

## (Antwort 2)

Sehr geehrte Frau Abg. Schmidt!

[...]

Für ein sehr **wichtiges Ergebnis unserer Kontroverse** halte ich in der Tat, daß wir eines Sinnes sind in Sachen Geheimhaltung bzw Transparenz/Intransparenz – zumal von Grundinformation bzw Quellen, auf welche die politischen Gremien der EU sich stützen. Vielleicht kann von dieser Übereinstimmung, soweit es an „uns Österreichern“ liegt, noch Konkretes zur **Behebung bzw Besserung intransparenter Umstände** ausgehen!

[...] Ihnen auch gleich unsere Absicht mitteilen, im Herbst eine **Diskussionsveranstaltung zum EURATOM-Verordnungsentwurf und den Vorgängen drumherum** zu machen, [...].

[...] insofern erweist sich unser kleiner Ringkampf als fruchtbar. [...]

Heinz Stockinger, PLAGE

C. Schmidt hatte zu Beginn ihres ersten (offenen) Briefes (s. oben, „Schmidt-Spalte“) ziemlich flapsig den Vorwurf erhoben, die PLAGE/Stockinger sollten, „bevor Sie irgendwelche Äußerungen tätigen, **das Gespräch mit mir suchen**“. Genau das hatte die PLAGE der EP-Kandidatin Schmidt per Mail am 14. Mai 2014 angetragen! Also schon **vor ihrer Wahl**, für ihre Zeit als Abgeordnete.



# Glanz und Elend der „Atomfreien“ ÖSTERREICH – „Sonst verhungert die Bevölkerung“

Den Sommer 2015 hindurch hatte die Wiener Plattform Atomkraftfrei starken Anteil an den PLAGE-Aktivitäten rund um die CRIIRAD-Analyse der EURATOM-Strahlengrenzwerte-Verordnung genommen. So konnte ihre Delegation am 3. September bei einem ¼-Stunde-Termin(!) **Gesundheitsministerin und Ärztin Sabine OBERHAUSER** „immerhin dafür interessieren, dass es [im EU-Parlament] eine Abstimmung über die EU-Verordnung für die Höchstwerte radioaktiver Nahrungsmittel gegeben hat.“ Interessiert war sie immerhin. Andererseits, sie, die zuständige Ministerin, „wusste nichts davon, auch nicht ihr Assistent Mag. Fellingner“! Offensichtlich nach Erklärung ringend, „meinte dieser, diese Höchstwerte seien eben notwendig, weil die Bevölkerung sonst ja verhungern würde.“ Er sprach damit den Kern der Sache an - vielleicht nicht im vollen Bewußtsein seiner Worte: er entschuldigte damit ja auch gleich die in diesem Kern steckende Ungeheuerlichkeit. Im groben Klartext läuft die Verordnung nämlich tatsächlich

hinaus auf „friß oder stirb“: Nicht ihre Pro-Atompolitik fährt die EU-Kommission zurück. Nicht dem Super-GAU an der Wurzel vorbeugen werden wir, nicht doch! Lieber sollen die Menschen gar nicht anders können, als hoch strahlenbelastete Nahrung zu sich zu nehmen und auch ihren Kindern zu geben. Zugutehalten muß man Ministerin und Assistenten, daß sie die Sache ernst nahmen. Als die PLAGE, gestützt auf die Mitteilung der Wiener Plattform, Oberhauser von der CRIIRAD-Initiative in Richtung EU-Parlamentarier detailliert informierte, unterrichtete sich ihr Mitarbeiter Fellingner im Ministerium vom Stand der Angelegenheit. Wenig später gab er an die PLAGE – und damit automatisch an das Österreichische Netzwerk Atomkraftfrei (ÖNA) – weiter, wie sich „Österreich“ in dem Verhandlungs- und Entscheidungsprozeß auf EU-Ebene verhalten hatte: leidlich ehrenwert, wie dem auf Seite 8 wiedergegebenen Auszug aus dem Fellingner-Mail zu entnehmen ist. Kurz darauf, am 9.9.2015, sprach Paula

Stegmüller, die Obfrau der Wiener Plattform, auch mit David Reinberger von der **Wiener Umwelthanwaltschaft (WUA)** über die Höchstwerte-Verordnung. Ihm war sie ebenfalls unbekannt. Dementsprechend schien auch ihm zunächst eher harmlos, was die EU-Kommission hier praktisch als „Bahn frei für Verseuchung beim Super-GAU“ ausgearbeitet hat. „Er wurde erst im Laufe des Gespräches etwas kritischer.“ „Am schlimmsten sei eben die Trinkwasser-Berechnung“, wurde ihm selber bewußt. Doch noch meinte er, „die Richtlinien könnten national ja ohnehin immer unterschritten werden – die EU-Verordnung sei ‚nur‘ dafür da, dass eben die Höchstwerte EU-weit nicht überschritten werden.“ Wiederum kam ihm selber im weiteren Gesprächsverlauf der „Einwand dagegen: falls Österreich im Ernstfall tatsächlich niedrigere Werte anordnen würde, würden wir gegen den gemeinsamen Wirtschaftsstandort EU verstoßen. Also wären die EU-Höchstwerte doch auch für uns verbindlich“!

## Fahrlässige Grenzwerte-Politik – Abgeordnete sollen sich verantworten

Ab Ende August lud die PLAGE die österreichischen Europaabgeordneten, mit der Salzburger Mandatarin Claudia Schmidt an der Spitze, ein, ihr Stimmverhalten zu den Notfall-Lebensmittelgrenzwerten zu erklären: „Die Salzburger Plattform gegen Atomgefahren plant eine **Podiumsdiskussion** zur (Neufassung der) **EURATOM-Strahlenschutzverordnung, genauer gesagt zur Festsetzung der Kontaminations-Höchstwerte, die nach einer künftigen Atomkatastrophe** gelten sollen. Das Europaparlament hat am 9.7.2015 über die Vorlage der EU-Kommission sowie über Zusatzanträge abgestimmt. Alle Mitglieder des Parlaments (MEPs) hatten zuvor die Zusammenfassung einer kritischen Analyse der Kommissionsvorlage erhalten, angefertigt von der Commission de recherche

et d'information indépendantes sur la radioactivité (CRIIRAD, Valence, F). Es geht immerhin, auf den Punkt gebracht, um die sanitär-medizinische Einstellung der Behörden und der Bevölkerung auf ein nächstes Tschernobyl. Daher wollen wir diese Gesetzgebung und die Haltung der österreichischen Vertreter/innen im Europaparlament publikum machen und laden je eine/n Mandatar/in aus allen österreichischen EP-Delegationen zu einer Podiumsdiskussion ein.“ Nach eineinhalb Monaten intensivster Bemühungen – zig Mails und zig Telefonaten - mußten wir doch die Segel streichen. Nur Michel REIMON (GRÜ) wäre zur öffentlichen Konfrontation angetreten. Möglicherweise hatten wir bei aller „Einfühlung“ die Terminbelastung der MEPs doch etwas unterschätzt. An-

dererseits, der eine Abgeordnete aus einer kleineren Riege konnte uns ja doch wenigstens zwei mögliche Termine zusagen...

Was tun? „Wir deponieren schon heute bei Ihnen“, so schrieben wir abschließend an alle österreichischen EP-Delegationen, „daß wir **im Vorlauf**



**EU-Abg. Michel REIMON, bei den GRÜNEN im Europaparlament u.a. Konzernkritik- und TTIP-Fachmann, war als Einziger zu einer Podiumsdiskussion über die EURATOM-Höchstwerte für verstrahlte Nahrung bereit.**



zur nächsten EP-Wahl eine Veranstaltung mit MEPs auf unsere Agenda setzen, die wir dann als ‚Bilanz der EP-Atompolitik‘ aufziehen werden – Bilanz der diesbezüglichen (Un-)Tätigkeiten der österreichischen Abgeordneten in allererster Linie, versteht sich. Darin wird der Vorgang um die EURATOM-Verordnung zu den Kontaminationslimits im Super-GAU-Fall selbstverständlich eine erhebliche Rolle spielen. Das ist etwas ‚für die Ewigkeit‘, um Aktualität braucht man sich da also nicht übermäßig zu sorgen...“. Als Schauplatz einer derartigen „Bilanzveranstaltung“ für vorstellbar halten wir neben Salzburg auch Wien, etwa wenn daran bei Global 2000 und der Wiener Plattform Atomkraftfreie Zukunft Interesse besteht.

## Und im Nationalrat? Funkstille!

An Österreichs Gebirgen hat sich der Tschernobyl-Fallout massiv ausgerechnet, hierzulande ist das Cäsium aus dem sowjetischen bzw ukrainischen Reaktor bis heute in tiefen Schneeschichten, im Boden, in Pilzen und Wild stark präsent. Damit können auch unseren Volksvertreter/innen im Nationalrat die EURATOM-Grenzwerte für eine derartige Katastrophe nicht egal sein. Daher schickten wir die CRIIRAD-Dokumentation für die Europarlamentarier auch an die Obleute, deren Stellvertreter und an die Schriftführer im Hauptausschuß des Nationalrats und in den Ausschüssen für Gesundheit, Konsumentenschutz, Land- und Forstwirtschaft sowie Umwelt. (Sie können also nicht irgendwann einmal sagen, sie hätten es nicht gewußt!). Auch sie wurden darauf hingewiesen, hier „geht es, so überspitzt dies in ‚atomaren Friedenszeiten‘ klingen mag, schlicht und ergreifend um die sanitär-medizinische Präparierung der Behörden und der Bevölkerung auf ein nächstes Tschernobyl.“ Von keiner einzigen Fraktion im österreichischen Parlament kam eine Reaktion! Nicht einmal von der Umwelt- und Atomsprecherin der GRÜNEN, Christiane BRUNNER. Darüber soll nicht vergessen werden, daß von den österreichischen EU-Abgeordneten einzig die GRÜNEN im Europaparlament ganz konsequent für die Änderungsanträge (auf Basis der CRIIRAD-Analyse) und gegen die ver-

heerende Kommissionsvorlage zu den Lebensmittelgrenzwerten gestimmt hatten.



NR-Abg. **Christiane BRUNNER**, Umwelt-, Anti-Atom- und Energiesprecherin der GRÜNEN Nationalratsfraktion. **EU-Strahlengrenzwerte für Lebensmittel und die österreichische Position dazu – nicht wichtig genug?**

Für „allerdings etwas verwunderlich“ hatten wir es schon im Schreiben an NR-Abg. Brunner gehalten, „daß die GRÜNEN diesen Vorgang, der unter dem Titel EURATOM Entscheidendes einerseits für die Atomwirtschaft, andererseits für die Gesundheit, Nahrungsmittel und Landwirtschaft festlegt, im österreichischen Parlament offenbar nicht **thematisiert** haben.“ Daß dann von NR-Abg. Christiane Brunner weder zu dieser verhaltenen Kritik noch zum weiteren Vorgehen eine Reaktion kam, läßt wohl einigermaßen tief blicken. „Über dementsprechende Schritte zu erfahren“, hatten wir ihr und den anderen Fraktionen geschrieben, „würde uns

## Trotz lahmen Abgeordneten... ein unerwarteter Etappensieg?

freuen!“ Doch Fehlanzeige! Mit „dementsprechende Schritte“ war gemeint, das noch vorhandene „kleine Zeitfenster“ zum Handeln zu nützen: eigene Fraktion informieren, die anderen Fraktionen dazu kontaktieren, wennmöglich eine Plenar- oder Ausschußdebatte herbeiführen, ggf. der Regierung einen Handlungsauftrag erteilen.

Dieses **Zeitfenster** scheint nun sogar weiterzubestehen: denn allem Anschein nach ist die für Herbst 2015 fällige Entscheidung des Europäischen (Minister-) Rats über die Höchstwerte-Verordnung ganz unplanmäßig doch auf 2016 verschoben worden! Da hat wohl die Expertise und Initiative der französischen CRIIRAD, in Österreich deren Aufgreifen durch die PLAGES und ordentliches Verhandeln des Gesundheitsministeriums auf EU-Ebene doch etwas Sand ins Getriebe der atomfreundlichen Höchstwerte-Beschaffer gestreut...

**PLAGE  
ECHO**

Aus Schwesterorganisationen und Ministerium



**Von:** Heinz Stockinger [mailto:Heinz.Stockinger@plage.cc]

**Gesendet:** Dienstag, 22. September 2015

**An:** Wiener Plattform Atomkraftfreie Zukunft

**Betreff: WG: Herrn BM persönlich: EURATOM-Strahlenschutz-VO 2015**

Hier eines der – von der Warte künftiger Festnagelbarkeit gesehen – gewiß wichtigeren Schreiben. Wir Ihr Euch nach Lektüre des ersten Absatzes gleich denken könnt, erging es analog an BM RUPPRECHTER (Kopie A. MOLIN\*, V. KARG\*). [...]

\* Hohe Fachbeamte im Umwelt- bzw Gesundheitsministerium.

Vielen Dank für Ihre Schreiben an Frau Bundesministerin Dr.<sup>in</sup> Sabine Oberhauser und die Übermittlung der CIIRAD-Unterlage.

Wir haben soeben intern bei uns über Ihre Punkte gesprochen und ich werde mich bemühen, Ihnen dazu zeitnah unsere Antwort zukommen zu lassen. [Auszüge aus besagter Antwort und deren Niederschlag im CRIIRAD-Brief an Frankreichs Staatspräsident Hollande siehe S. 11, rechts.]

Mit freundlichen Grüßen  
Mag. Florian Fellingner, E-Mail 23.9.2015

**Kabinett der Bundesministerin Dr.in Sabine Oberhauser, MAS,** VerbraucherInnen-gesundheit, Veterinärwesen, Tierschutz, Ernährung und EU-Angelegenheiten



**Von:** Johanna Nekowitsch / Wiener Plattform Atomkraftfreie Zukunft  
**Gesendet:** 22.9.2015

Das war tatsächlich ein „schönes“ Betthupfer!

Danke (...), den komplexen Sachverhalt wunderbar auf den Punkt gebracht und vortrefflich formuliert!

**Von:** PLAGÉ

**Gesendet:** Mittwoch, 14. Oktober 2015  
12:21

**Betreff:** WG: **Lebensmittelverseuchung:**  
**Offener Brief an François Hollande**

So was! Jetzt haben wir's sozusagen auf Seite 1 des CRIIRAD-Newsletters geschafft. (Neben deren schon geschildertem fachlichem Status ist in dem Zusammenhang nicht unerheblich, daß die CRIIRAD über 5.000 Mitglieder hat, den überwiegenden Teil natürlich in Frankreich, darüberhinaus aber auch in einer Reihe anderer Länder.)

**Von:** CRIIRAD

[mailto:communication@criirad.org]

**Gesendet:** Mittwoch, 14. Oktober 2015 10:52

**Betreff:** contamination des aliments : lettre ouverte à François Hollande



[...] **Dank einem unserer ausländischen Kontakte, Heinz Stockinger**, haben wir vom **österreichischen Gesundheitsministerium** erfahren, daß diese Mißstände [Fehler, Ungereimtheiten usw in der EU-Kommissionsvorlage zu den Notfall-Grenzwerten] den Verantwortlichen in den 28 Mitgliedstaaten völlig bekannt sind! **Österreich und Deutschland haben versucht, eine Korrektur herbeizuführen:**



**Staatspräsident François HOLLANDE**

vergeblich, denn die beiden Staaten blieben [im EU-Ministerrat] in der Minderheit. Frankreich hat sie nicht unterstützt. Oder hat es sie gar bekämpft? [...] Verteidigt Frankreich fast 30 Jahre nach Tschernobyl immer noch die Interessen der Atomindustrie gegen die Gesundheit der Bevölkerung? Das versuchen wir mit unserer Anfrage an Sie, Monsieur le Président de la République, herauszufinden.

**Von:** Wiener Plattform Atomkraftfrei  
**Gesendet:** Mittwoch, 14. Oktober 2015 17:41

Gratuliere! Das ist doch ein sehr großer Erfolg und der vermehrt hoffentlich den Sand im Getriebe der französischen Atombefürworter ganz ordentlich. Wird Hollande darauf reagieren? Könnte er den Beschluss im Rat noch verzögern? Spannend!!! [...]

**Von:** Wiener Plattform Atomkraftfrei  
**Gesendet:** Mittwoch, 14. Oktober 2015 17:41

**Antwort auf PLAGÉ-Anfrage an Bundesministerin Dr.<sup>in</sup> Sabine OBERHAUSER**

## Haltung des österreichischen Gesundheitsministeriums zur EURATOM-Höchstwerteverordnung

Die Verordnung des Rates zur „Festlegung von Höchstwerten an Radioaktivität in Lebens- und Futtermitteln im Falle eines nuklearen Unfalls oder einer anderen radiologischen Notstandssituation“ wurde im Jahr 2014 in der **Ratsarbeitsgruppe Atomfragen** (RAG ATO) inhaltlich beraten. Das Bundesministerium für Gesundheit (BMG) war dabei vertreten. [...] Die Basis für diese Höchstwerte bildet die Veröffentlichung der EK [Eur. Kommission] „Radiation Protection 105: EU Food Restriction Criteria for Application after an Accident“ (RP 105), die von der Expertengruppe nach Artikel 31 des Euratom-Vertrages im Jahr 1998 erstellt und deren weitere Gültigkeit im Jahr 2013 bekundet wurde.

Die vom französischen Strahlenmessinstitut CRIIRAD aufgezeigten Unstimmigkeiten in RP 105 sind freilich auch dem BMG nicht entgangen. **Die Kritik von CRIIRAD an RP 105 wird daher vom BMG in vielen Bereichen grundsätzlich geteilt, [...]**

Wegen der Unstimmigkeiten in RP 105 hat das BMG dem **ursprünglichen Entwurf der Kommission auch nicht zugestimmt**. Im Zuge der weiteren Verhandlungen hat sich bald gezeigt, dass eine Änderung von RP 105 nicht realistisch ist, da dafür keine Mehrheit zu erzielen gewesen wäre. Vor allem **Österreich und Deutschland haben daher versucht, durch Verankerung entsprechender Regelungen in der Verordnung die „Unzulänglichkeiten“ von RP 105 auszugleichen. [...]**

[...]

Ein ganz wesentlicher Punkt, der durchgesetzt werden konnte, ist, dass die in der Durchführungsverordnung festzulegenden Grenzwerte die in den Anhängen der gegenständlichen Verordnung festgelegten Höchstwerte nicht übersteigen dürfen (siehe Artikel 3 Abs. 1). Dies war insofern **wichtig, da der ursprüngliche Entwurf auch höhere Grenzwerte zugelassen hätte, und die Möglichkeit von höheren Grenzwerten lange Zeit von einigen Mitgliedstaaten (MS) auch vehement verteidigt** wurde. Ein weiterer wichtiger Punkt ist, dass in der Verordnung nunmehr verankert sein wird, dass beim Erstellung [sic!] und Überprüfen der Durchführungsverordnung (also bei der Festlegung der Grenzwerte) **dem Grundsatz der Rechtfertigung und der Optimierung Rechnung zu tragen ist**, um die individuellen Dosen, die Wahrscheinlichkeit einer Exposition und die Anzahl der exponierten Personen **auf ein vertretbares Mindestmaß zu beschränken** (siehe Artikel 3 Abs. 3). Dies verpflichtet die EK unter anderem zur Festlegung möglichst niedriger Grenzwerte.

Einer der berechtigten Kritikpunkte an RP 105 ist, dass die bei der Ermittlung der Höchstwerte getroffenen Annahmen bezüglich Anteil der kontaminierten Lebensmittel am Gesamtkonsum, zeitlicher Verlauf der Kontamination, freigesetzte Radionuklide etc. im Falle eines Reaktorunfalles nicht unbedingt zutreffend sein müssen. Daher war ein weiterer wichtiger Punkt, dass bei der Festlegung der Grenzwerte **den näheren Umständen des nuklearen Unfalls oder der radiologischen Notstandssituation entsprechend Rechnung zu tragen** ist (siehe Erwägungsgrund 16 und Artikel 3 Abs. 3).

Wegen der Implementierung dieser Regelungen in den Verordnungsentwurf, [...], konnte Österreich diesen Entwurf in der RAG ATO schließlich mittragen.

Mag. Florian Fellingner,

Fachreferent der Ministerin, eM 28.9.2015



## Das falsche Lied von der EAV: Erste Allgemeine Atomverunsicherung

Ein alter Leugner realer Atomgefahren: Prof. DI Helmuth BÖCK, ehem. Betriebsleiter des TRI-GA-Forschungsreaktors der TU Wien. Er hat Tschernobyl nicht vorhergesehen, sondern Super-GAUs als praktisch unmöglich oder harmlos hingestellt. Doch weiß er jetzt schon: „Ein Atomunglück im 200-km-Umkreis um Österreich hätte geringere Folgen als Tschernobyl.“ (SN 26.11.2015)



Ende November wurde von einem Linzer Online-Versicherer in einer Pressekonferenz am Atominstitut in Wien die „weltweit erste private Atomversicherung“ vorgestellt. Warum traten dabei neben dem „Chief Executive Officer“ von L'Amie auch der Linzer Bürgermeister und Alt-AKW-Propagandist Prof. Böck von der TU Wien auf? Mit anschließender „Führung durch den Forschungsreaktor“ obendrein! Die Meinung der PLAGE dazu ist eindeutig.

Von der Homepage von L'Amie

(<https://www.lamie-direkt.at/atomversicherung/schutz-atomunfall>)

### SO SCHÜTZT L'AMIE direkt

L'AMIE direkt macht es erstmalig möglich im atomaren Katastrophenfall echte und unkomplizierte Hilfe zu erhalten.



Mit der offiziellen Einstufung der atomaren Katastrophe zu einem Event der Stufe INES 7\* (wie z.B. Fukushima) durch die in Wien ansässige Internationale Atomenergiebehörde entsteht bereits Ihr Anspruch auf die Versicherungsleistung. In diesem Fall erhalten Sie Ihre pauschale Versicherungssumme ohne den sonst üblichen und langwierigen Schadenermittlungsprozess.“ (\*Zur Fragwürdigkeit der INES-Skala s. unten.)

1. Als Schadensdeckung ist der Betrag von max. 100.000,- ein Witz. Dafür 720,- Euro pro Jahr Versicherungsprämie zu bezahlen, ist eine Abzocke von seiten des Versicherungsmaklers.
2. Ein Witz auch deswegen, weil auf neun grenznahe AKWs beschränkt: Beznau (CH), Gundremmingen, Isar/Ohu (D); Temelin, Dukovany (CZ); Bohunice, Mochovce (SK); Paks (H) und Krsko (SLO).
3. Angesichts solcher Grunddaten erscheint das ganze geradezu als eine bewußte Verharmlosung des atomaren Risikos:
  - Es wird suggeriert, allenfalls aus der nächsten Nähe drohe Gefahr.
  - Diese Gefahr bzw Schäden daraus seien versicherbar, durch eine private Versicherung abdeckbar.
  - Die in der Pressekonferenz von TU-Wien-Professor Helmuth Böck gemachte Bemerkung, „aufgrund des technischen Fortschritts“ bleibe die Radioaktivität ohnehin im Reaktor, wiederholt ein altes Märchen der Atomindustrie: Im amerikanischen Three Mile Island 1979 und in

Tschernobyl 1986 gingen nicht die ältesten, sondern die neueren Reaktoren hoch. Auch die enormen Mängel am neuesten und lange hochgepriesenen Reaktortyp, dem EPR in Flamanville und im finnischen Olkiluoto, zeigen, wie fragwürdig diese technischen „Fortschritte“ sind.

- Nicht nur die Atomindustrie, sondern auch deren wissenschaftliche Gewährsleute und Propagandisten wie Prof. Böck führen diese Mär vom Sicherheitsgewinn durch technischen Fortschritt seit Jahrzehnten im Mund. (Wobei für Atom-Fans, von Gewerkschaftsbund-Präsident Benya bis Atomphysiker Böck, schon „Zwentendorf das sicherste Kernkraftwerk der Welt“ war, oder „jedenfalls eines der sichersten weltweit“!).
- Wenn Prof. Böck wirklich etwas zur Versicherung gegen atomare Risiken tun will, dann soll er für eine drastische Erhöhung der Atomhaftpflicht der Atomanlagenbetreiber und der Zulieferfirmen in den internationalen Abkommen (Pariser & Wiener Konvention) bzw. in den nationalen

Gesetzen eintreten. Für österreichisches Territorium kann er ja auf das beispielhafte österreichische Atomhaftgesetz von 1999 verweisen (auch wenn er daran wahrlich nicht beteiligt war): dank dem Druck von Atomgegnerorganisationen, Parlamentariern und der Vorarbeit einiger Ministerialbeamter wurden damals realitätsnähere, dem möglichen Schaden eher entsprechende Kriterien festgelegt. Reaktorexperte Böck, damals stumm, könnte mit seinen Kollegen und zahlreichen Verbindungen in die nuclear community hinein, etwa zur Internationalen Atomenergieagentur (IAEA), echte Prophylaxe gegen das atomare Risiko initiieren. Ein Beginn wäre, alle deutschen Atomforscher- und Atomtechnikerkollegen und -kolleginnen zu einer Kampagne in Richtung Bundestag und Regierung in Berlin zu animieren. Diese sollen die deutschen Atomhaftungsbestimmungen so streng fassen, wie dies das österreichische Atomhaftgesetz seit 1999 tut. Da käme dann auch international etwas ins Rollen!

### Ein gutes Geschäft – Linzer Bürgermeister hilft dabei?

Die langjährige Obfrau der Oö. Plattform gegen Atomgefahr, Mathilde Halla, berichtete interessante Hintergründe zur „weltweit ersten privaten Atomversicherung“. „Einer dieser jungen Herren“ vom Linzer Start-up-Unternehmen L'Amie besuchte Halla ein paar Tage vor dem Medienauftritt – „auf Intervention der Mutter eines der Versicherungsmakler, der die Sache anscheinend auch ein

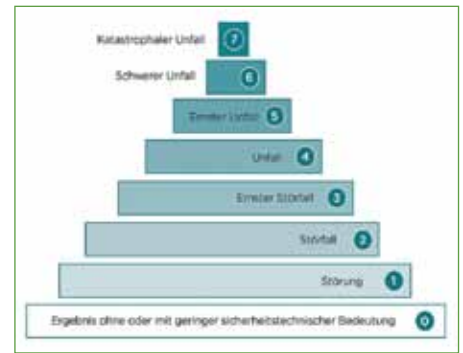


Linzer Bürgermeister Klaus LUGER (SPÖ): Enge Beziehungen zu den Atomversicherungs-Maklern



bissertl unheimlich war und die mich aus den Frühzeiten der Mütter gegen Atomgefahr kennt.“ Sie ließ sich die Sache schildern und sagte dem jungen Mann „auf den Kopf zu“, dass er und seine Kollegen „von der Materie überhaupt keine Ahnung haben“, aber „da auf eine Lücke der Versicherungswirtschaft gestoßen sind und hoffen mit der Angst ein gutes Geschäft zu machen.“ Dass der neue Linzer Bürgermeister Klaus Luger (SPÖ) sich für die Pressekonferenz, sprich Werbeveranstaltung, hergab, „hat den Hintergrund, dass es enge Beziehungen zu zwei der Makler bzw zu deren Eltern gibt. Ich kenne die Leute ganz gut und kann mir vorstellen, dass es da nur um viel ‚rasches‘ Geld geht.

Wer da drauf reinfällt, muss schon sehr naiv sein.“ Und sich mit denen „auf a Pack'l zu hau'n“, die so wie Prof. Böck mit ihrer jahrzehntelangen Pro-Atompropaganda zu den Bodenbereitern von Atomschäden gehören, paßt ebenfalls ins Bild: profitieren von der potentiellen Katastrophe, und vom Schaden und Leid dahinter.



*Die „INES-Tabelle der Internationalen Atomenergie-Agentur (IAEA). Der „schöne“, klare Aufbau suggeriert ein klares Bild von Störfallsituationen und eine dementsprechende eindeutige Beurteilbarkeit. Was verschleierte, daß bei den unvorhersehbaren Wechselwirkungen zwischen den unzähligen Teilen des Reaktorsystems sich aus einer „harmlosen“ Störung insbesondere bei Hinzutreten eines weiteren Störfaktors ein äußerst ernster Unfall und letztlich sogar GAU und Super-GAU entwickeln können. Die PN hat bereits einmal die eingehendere INES-Kritik [wo die Kritik des französischen Groupement de Scientifiques pour l'Information sur l'Energie Nucléaire, GSIEN, an INES] wiedergegeben.)*

## LUXEMBURG – Beamte lax, feige, oder Atom-Komplizen?

Die CRIIRAD hatte am 17. September 2015 eine Extra-Aufbereitung ihrer Analyse der Kommissionsvorlage und der Expertenberichte zur geplanten EURATOM-Grenzwertverordnung an die EU-Arbeitsgruppe Atomfragen (RAG ATO)\* übermittelt. Die Ratsarbeitsgruppen werden von hohen Vertretern aus dem Ministerial-Apparat des Landes geleitet, welches gerade für ein halbes Jahr die EU-Ratspräsidentschaft ausübt. Im zweiten Halbjahr 2015 war dies... das atomfreie Luxemburg. Die RAG ATO sollte Ende September ihre abschließende Sitzung zur Causa abhalten und ihre (JA-)Empfehlung an den Rat der zuständigen Minister erteilen. Kurzfristig war ihre Abschlusssitzung allerdings wegen des EU-Flüchtlingsgipfels auf Oktober vertagt worden.

Am 30. September fand Corinne Castanier von der CRIIRAD heraus, daß die beiden luxemburgischen Koordinatoren der RAG ATO das CRIIRAD-Memorandum einfach nicht an die Mitglieder der Arbeitsgruppe weitergeleitet hatten. Das heißt, die Ständigen Vertreter, die für die 28 Mitgliedstaaten in der RAG ATO sitzen, hatten die Kritikpunkte der CRIIRAD am Verordnungsentwurf der EU-Kommission nicht einmal zur Kenntnis nehmen können. Castanier schickte daraufhin das Memorandum direkt an alle 28 Ständigen Vertretungen der Mitgliedstaaten.

\* *Ratsarbeitsgruppe Atomfragen (RAG ATO), so benannt, weil sie dem Europäischen Rat der zuständigen Minister zuarbeitet, welcher in den EURATOM-Angelegenheiten letztlich entscheidet. Sie besteht aus einschlägigen hohen*

Hot Sports INT'L - Großbritannien

## Weltweit letzter Magnox-Reaktor sperrt zu

Reaktor Wylfa-1, auf der Wales vorgelagerten Insel Anglesey gelegen, wurde – nach einigen Laufzeitverlängerungen – am 30. Dezember 2015 endgültig abgeschaltet.

Der weltweit letzte laufende Magnox-Reaktor, Leistung 490 Megawatt, war 1971 in Betrieb gegangen. AKW-Chef Stuart Law ist „ungeheuer stolz auf die Leistung des Kraftwerks in diesen 44 Jahren. Wylfa ist eine phantastische Geschichte!“ Nun beginnt die weniger „phantastische Geschichte“: Stilllegung bis 2026. Die wirklich problematischen Teile bleiben dann aber übrig: die Reaktorgebäude 1 und 2 (dieser schon früher geschlossen) und die Brennelemente-Lager.



*Die Magnox-Meiler Wylfa 1 und 2 gehören zu den gasgekühlten Reaktoren. Als Moderator (Neutronen“bremse“ für die kontrollierte Kettenreaktion) wird in ihnen nicht Wasser, sondern Graphit verwendet, und als Kühlmittel das Gas Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>). Die Brennelemente bestehen aus Natururan in metallischer Form. Der Name? Kommt vom Hüllrohrmaterial der Brennelemente: Magnox ist eine Legierung, die hauptsächlich aus Magnesium besteht („magnesium non oxidizing“). © Magnox*

Dann wird das gesamte Areal so belassen bis zur **endgültigen Anlagenbeseitigung zu Beginn des nächsten Jahrhunderts – 2105.**

Um 2025 werden alle derzeit verbleibenden 500 Arbeitsplätze aufgelassen sein. Viele Beschäftigte hoffen, daß dann der Bau eines neuen AKWs – Wylfa Newydd – voll im Gange sein wird. Horizon Nuclear Power, eine Firma im Eigentum des japanischen Konzerns Hitachi, ist gerade dabei, bis 2017 dafür die Detailpläne zu erstellen. Dieser zweite Neubau nach dem schon berüchtigten geplanten Hinkley Point C – remember Österreichs Klage gegen dessen Subventionierung – braucht noch das OK der Sicherheitsexperten von Industrie und Regierung, und bereits hörbarer Widerstand auf Anglesey. Machen ein Bürgerbeteiligungsverfahren mit Anhörung wahrscheinlich.

(Quelle: BBC-News, 30.12.2015)

**13. – 22. Oktober 2015**

## Filmdoku „Nuclear Lies“

In Zusammenarbeit mit Das Kino, Salzburg, und dem Waldviertler Energiestamm-tisch veranstaltete die PLAGE im Herbst die Vorführung des Dokumentarfilms „Nuclear Lies“. Der Film illustriert sehr anschaulich die gesundheitlichen, ökologischen und gesellschaftlichen Auswirkungen der nuklearen Brennstoffkette anhand eines einzigen Landes: Indien. Er führt uns durch die Dörfer rund um die Problem-Reaktoren, die hoch verstrahlten Minen, Brennstoff-Aufbereitungsanlagen und die geplanten Mega-Nuklearkomplexe. Der 60-minütige Film, „Nuclear Lies“, zeigt die furchtbaren Mißstände in und um Nuklearanlagen wie jenen in Kudankulam oder Jaitapur, die bodenlosen Lügen gegenüber der Öffentlichkeit und die Polizeigewalt, die Opfer und ihre Notlage, für die die indische Regierung verantwortlich ist.



**Organisatorin Julia BOHNERT und Regisseur Praved KRISHNAPILLA** beantworten in *Das Kino Fragen zum Dokumentarfilm „Nuclear Lies“*, zum indischen Atomprogramm generell und zu dessen Durchsetzung mit Einschüchterung und Repressalien aller Art.

Wer noch den Spruch von Indien als „bevölkerungsreichster Demokratie der Welt“ glaubt, erhält durch die brutale Atommachtpolitik des Staates, die Stimmen der Betroffenen und ihren Kampf ums Überleben eine bittere Lehre. Die westlichen Atomnationen ebenso wie Rußland sind wieder einmal Teil dieser atomaren Wirt- und Herrschaft: Reaktoren russisch (Rosatom) und französisch (Areva), Akzeptanz der militärischen Verwendbarkeit von atomarer Technik (zB Wiederaufbereitung) und Kernbrennstoff durch das US-indische Nuklearabkommen von 2005, indirekte Mitfinanzierung nuklearer Aktivitäten laut Regisseur Krishnapilla sogar durch EURATOM! In indischen Kinos oder gar im Fernsehen könnte laut Krishnapilla eine derartige Dokumentation gar nicht laufen. Und jede Aufführung von „Nuclear Lies“ in Deutschland – gleichsam am andern Ende der Welt – wurde auch von einem „unauffälligen“ Beobachter der indischen Botschaft verfolgt...

Als Journalist und Dokumentarfilmer zu Umwelt und sozialen Themen beim indischen Staatsfernsehen DD/Network TV von 1996 bis 1999 kennt Praved Krishnapilla die Bedingungen der Berichterstattung aus intensiver Erfahrung. Seine Anwesenheit bei der offenen Premiere wie auch bei den Schulvorführungen trug zu den lebhaften Diskussionen ebenso bei wie die gescheiterten Fragen seitens der jungen Leute (insgesamt

280 Schülerinnen und Schüler) und das Engagement der Lehrerinnen und Lehrer. Nicht zu vergessen die sachkundige Moderation von Julia Bohnert (PLAGE), die auch die gründliche Gesamtorganisation besorgte.

Da Filmemacher Krishnapilla seit 2010 als Assistent an der Universität für angewandte Kunst in Wien arbeitet, kann er relativ unkompliziert auch an andere Aufführungsorte eingeladen werden. Dieser Östereich-Bezug erklärt auch, daß „Nuclear Lies“ finanziell in der Hauptsache durch die oekostrom AG, Neongreen Network und den Nachrichtendienst oekonews.at ermöglicht wurde. Die PLAGE bedankt sich sehr herzlich bei ihren Kooperationspartnern und den Mitwirkenden aus den Schulen: BORG Straßwalchen, NSMS Hof, HTL Salzburg, Privatgymnasium der Herz-Jesu-Missionare Salzburg.

**16. – 20. November 2015**

## Johannesburg: Symposium „Nuclearisation of Africa“

Für die PLAGE hat Julia Bohnert an der Konferenz in der südafrikanischen Metropole teilgenommen. Organisiert wurde diese vom Schweizer



### Aktionismus bei der Exkursion

Zweig der IPPNW (Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges), uraniumnetwork.org sowie der FSE (Federation for a Sustainable Environment, Südafrika). Bei dem internationalen Zusammentreffen berieten und diskutierten WissenschaftlerInnen, ÄrztInnen und AktivistInnen über die gesundheitlichen, ökologischen, rechtlichen und sozialen Aspekte des Uranabbaus. Angesichts der immensen Lobbyarbeit von Atom-Unternehmen in Afrika galt es zudem, Strategien und Aktionen gegen die Bestrebungen zur Nuklearisierung des Kontinents zu entwerfen. Eine Exkursion zu den West Rand Goldfields verdeutlichte die katastrophalen Hinterlassenschaften des Gold- und Uranabbaus in Südafrika ganz unmittelbar: alleine in der Siedlung Tudor Shaft leben 1.800 Menschen auf (!) radioaktiven Abraumhalden und sind täglich Strahlenwerten wie im Sperrgebiet rund um



**Julia BOHNERT (Mitte hinten)** bei Strategieggespräch mit VertreterInnen aus Australien, Tansania, Kanada, Südafrika, Deutschland, Schweiz und Frankreich. - Rechts im Bild, inzwischen weißhaarig: Mycle Schneider, unabhängiger Nuklearexperte und Herausgeber des Nuclear Industry Status Report, eines jährlichen kritischen Zustandsberichts der Atomwirtschaft, der sich die Wertschätzung auch vieler Medien erworben hat.



Tschernobyl ausgesetzt. Da mutet es umso zynischer an, daß die Regierung Südafrikas nun bis 2023 acht Reaktoren vom russischen Atomkonzern ROSATOM errichten lassen möchte. Die größte Volkswirtschaft des Kontinents betreibt – bei mehreren gescheiterten Atomausbauplänen – seit den 1980er Jahren zwei französische 900-MW-Reaktoren am Standort Koeberg, 30 km nördlich von Kapstadt. Koeberg ist derzeit das einzige Atomkraftwerk in ganz Afrika!

Quellen: <http://www.fse.org.za/index.php/component/k2/item/471-gauteng-s-mine-dumps-brimming-with-radioactive-uranium>; wikipedia

**25. November 2015**

## Ökostrombörse: Klausur mit Trägervereinen ÖNB, AEE, PLAGÉ

Am 25. November beging die Ökostrombörse Salzburg (ÖSB) ihr zehnjähriges Bestehen mit einer Klausur, die vor allem ihren künftigen Perspektiven gewidmet war. Neben den Trägervereinen Naturschutzbund (ÖNB), ARGE Erneuerbare Energie (AEE) und PLAGÉ nahmen daran auch Mitarbeiter/innen der

Salzburg AG teil. Im Rückblick überraschte uns alle doch einigermaßen, daß in diesem Jahrzehnt mit bloßen 230.000,- Euro sage und schreibe 126 Erneuerbare-Energien-Projekte angetrieben worden sind! Überraschend ist das nicht nur angesichts der erwähnten Fördersumme, sondern überhaupt des doch bescheidenen ÖSB-Budgets. Zu verdanken ist diese Bilanz vor allem dem Einsatz und der guten Hand „für d’Leut“, die Geschäftsführerin Heidi REST-HINTERSEER bewiesen hat. Auch der Salzburg AG, für die Dr. Josef RESCH einerseits feststellte, wie die SAG-Führung – gegen starke Bremsen – im Zuge des Ringens um die Unterstützung für die Ökostrombörse doch zunehmend begriff, daß der Erneuerbaren-Schiene die Zukunft gehört. Die ÖSB – klein, aber oho als energiepolitische Bewußtseinsweiterin, als Antriebsfeder für die große Stiefschwester!

Kurz kam aber auch wieder die bittere Pille Atomstromimport und -handel der Salzburg AG bzw der Tochter MyElectric aufs Tapet. Es wurde völlig klar, daß die zugekauften norwegischen Wasserkraftzertifikate Sand in die Augen der österreichischen Stromkunden sind. Denn aufgrund des massiven Verkaufs solcher Erneuerbaren-Zertifikate weist

Norwegens eigene Strombilanz einen hohen Atomkraftanteil aus! Was aber wiederum den norwegischen Konsumenten kaum bewußt ist – sie sehen rundum ja nur Wasserkraft und Export von Wasserkraft! Schuld ist letztlich das Stromzertifizierungssystem der EU, auf welches aber kaum Druck entsteht, weil die großen Kohle-, Gas- und Atomstromversorger mit dieser Grünwäscherei bestens leben können

und dementsprechend auch die Regierungen und konzerntnahen Parteien. Wie man sieht, bleiben in dieser Sache der Naturschutzbund (ÖNB), die ARGE Erneuerbare Energie (AEE) und die Plattform gegen Atomgefahren (PLAGE) als Trägerorganisationen der Ökostrombörse der Stachel im Fleisch des großen regionalen Energieunternehmens Salzburg AG.

not sports INT'L - Indien

## „10.000 Demonstranten belagern das AKW-Gelände in Tamil Nadu“

lautete zB am 13. Oktober 2011 die Schlagzeile einer Meldung der indischen Nachrichtenagentur DNA. „Der Aufruhr gegen das Kernkraftwerksprojekt Kudankulam trieb Donnerstag einem hitzigen Höhepunkt zu, als über 10.000 Aktivisten alle Eingänge zum Baugelände blockierten. Über 700 Wissenschaftler und Techniker, die zur Frühschicht ankamen, konnten nicht auf das Reaktorgelände. Damit kamen die laufenden Arbeiten abrupt zum Erliegen.“ Organisiert war die Blockade vom People’s Movement Against Nuclear Energy.

Die im Film „Nuclear Lies“ eindrücklich vermittelten Repressalien haben die indischen Atomgegner seither immer noch härter zu spüren bekommen. Die Kriminalisierungsstrategie der Regierung deutete sich in dem Bericht schon damals an - übrigens knapp nach Fukushima:



„Ein ehemaliger Spitzen-Geheimdienstler äußerte sich besorgt über Organisationen, die hinter dem Aufruhr stünden. ‘Es ist ziemlich wahrscheinlich, daß manche unsichtbaren Kräfte systematisch die Untermierung unserer nationalen Interessen betreiben.’“

Vor wenigen Monaten hat diese Strategie voll durchgeschlagen: Nach dem Muster Putin-Rußlands wurden nicht nur Antiatomgruppen und -aktivisten als vom Ausland gesteuert und finanziert verboten oder stärkstens behindert, sondern die Zivilgesellschaft insgesamt. Greenpeace Indien ist die bekannteste NGO im Visier des indischen Staates.

Ob damit auch zu tun hat, daß man beim Anklicken des DNA-Artikels von 2011 unter [http://www.dnaindia.com/india/report\\_10000-protesters-lay-siege-to-tamil-nadu-nuclear-plant-site\\_1598354](http://www.dnaindia.com/india/report_10000-protesters-lay-siege-to-tamil-nadu-nuclear-plant-site_1598354) heute die Antwort bekommt: „Die Website meldet, dass die Anfrage unzulässig ist“?



Ein echt „grünes Eck“, in dem hier rund ein Fünftel der Teilnehmer/innen an der Klausur der Ökostrombörse versammelt sind (v.l.): Heinz STOCKINGER und ÖSB-Schriftführerin Gerhild KREMSMAIR von der PLAGÉ, dazwischen Naturschutzbund-Geschäftsführer Hannes AUGUSTIN, und rechts Leopold PRENINGER, der nicht nur Pionier der Biolandwirtschaft in Salzburg war, sondern auch ein Vordenker, Tüftler und Praktiker in Sachen Erneuerbare Energien und effizienter Umgang mit Energie.

## Ölboykott Saudi Arabiens! Erdölkonsum tiefere Ursache weltpolitische Entwicklung?

Hans-Josef Fell, Präsident der Energy Watch Group (EWG) und Miturheber des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG), in seinem ersten Newsletter des neuen Jahres (4. Januar 2016): Die deutsche Bundesregierung sollte nicht nur die Waffenverkäufe stoppen, sondern auch ein Importverbot für saudisches Erdöl erlassen, um die Finanzquellen des Unrechtsregimes einzudämmen.

Mit den brutalen Massenhinrichtungen goss das saudische Königshaus Öl ins Feuer der Kriegsregionen des Nahen Ostens. Es kann nicht mehr hingegenommen werden, dass das saudische Königsregime mit Erdölgeld zig-tausenden Ölprinzen die Machtbasis finanziert, um Frauen, Schiiten, sowie Andersgläubige im eigenen Land zu unterdrücken. Der obszöne Reichtum der Erdöleliten und des Königshauses ist die finanzielle Macht für diese menschen-

verachtende und den Weltfrieden destabilisierende Politik. Es waren Ölscheichs gerade aus Saudi Arabien, die den Islamischen Staat (IS) groß gemacht haben. Das Geld erhielten sie über Jahrzehnte durch unsere Erdölautos und unsere Erdölheizungen.

Wer es wie Minister Gabriel, Kanzlerin Merkel, wie die Automobilkonzerne oder die Heizungsindustrie immer noch nicht begriffen hat, sollte wenigstens heute in dieser dramatischen, eskalierenden weltpolitischen Destabilisierung innehalten und nachdenken, ob ihre jahrzehntelange Politik zur Stützung des Erdölkonsums nicht die tiefere Ursache für diese schlimme weltpolitische Entwicklung ist. Viele warnende Stimmen wurden immer wieder in den Wind geschlagen.

Jahrelang haben die großen Heizungshersteller in Deutschland die Politik immer zur Erdöl- und Gasbrennwerttechnik gedrängt, statt sich konsequent für den Umstieg auf emissions- und erdölfreie Heizungstechnologien einzusetzen. Die großen Automobilhersteller haben lieber kriminelle Softwaremanipulationen zur Täuschung der Öffentlichkeit vorgenommen, als kostengünstige emissionsfreie und erdölfreie Autos auf den Markt zu bringen.

CDU, CSU, SPD, FDP haben konsequent in Regierungsverantwortung

alle rot-grünen Ansätze einer „Weg-vom-Erdöl“-Politik zunichte gemacht.

Aktuell ist ein Boykott der saudischen Erdölimporte angesichts der niedrigen Erdölpreise möglich, ohne größere Schäden für die Energieversorgung. Mittelfristig muss es aber eine klare Politik zur Beendigung des Erdölkonsums geben. Notwendig sind u.a. die Wiedereinführung der unter Merkel/Gabriel 2007 abgeschafften Steuererleichterung der reinen Biokraftstoffe; ein Verbot des Neubaus von Erdölheizungen, wie es Dänemark längst hat; ein gesetzlicher Zwang, erdölfreie Nullemissionsautos auf den Markt zu bringen, so ähnlich wie der 1990 eingeführte, aber um 1997 wieder abgeschaffte Clean Air Act in Kalifornien. Gleichzeitig muss die Bundesregierung ein starkes Programm für die Umrüstung bestehender Erdölnutzungen schaffen. Dazu gehört auch eine Chemiewirtschaft auf Basis nachwachsender Ressourcen statt Erdöl.

Wir können jedenfalls mit der Merkel'schen Dekarbonisierung nicht bis 2100 warten. Bis dahin haben alle vom Erdöl finanzierten Unrechtsregime und Terroristen längst die weitgehende kriegsartige Zerstörung des menschlichen Zusammenlebens geschafft – finanziert von unserem unersättlichen Erdölkonsum.

P.b.b. Erscheinungsort Salzburg, 02Z031966  
Verlagspostamt 5020 Salzburg, DVR 0781665M

Die Plage News (PN) erscheint i.d.R. 3 – 4 mal pro Jahr  
Die genaue Zahl und Erscheinung variieren  
aufgrund von Aktionen, Neuigkeiten, Belastungen usw.

# PLAGE

Überparteiliche Salzburger Plattform gegen Atomgefahren (PLAGE).  
Nonntler Hauptstraße 86, 5020 Salzburg, Homepage: [www.plage.cc](http://www.plage.cc)  
Spenden: Salzburger Sparkasse, IBAN: AT38204040000001313, BIC: SBGSAT2S